
Presseinformation Nr. 129

18. Februar 2013

LUKSIC:

Fakten werden sich bei dem Feldversuch von Gigalinern gegen rot-grüne Ideologien durchsetzen

BERLIN. Zur aktuellen Diskussion um den Feldversuch für Gigaliner erklärt der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Oliver LUKSIC:

Nachdem auch Bremen an dem Feldversuch mit den Gigalinern nun teilnimmt, kündigte die neue rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen an, keine neuen Streckengenehmigungen zu erteilen. Bremen beendete damit seine Blockade, da es Wettbewerbsnachteile für seinen Wirtschaftsstandort befürchtete.

Anstatt unbelastet und ergebnisoffen die Ergebnisse des Feldversuchs abzuwarten, betreiben realitätsferne und ideologisch verblendete rot-grüne Landesregierungen nach wie vor Blockadepolitik und Lobbyarbeit für die Bahn. Es ist Zeit, die Diskussionen zu versachlichen und die ideologisch begründete Verweigerungshaltung zu beenden.

Der fünfjährige ergebnisoffene Feldversuch, mit bereits mehr als 20 teilnehmenden Unternehmen, soll unter möglichst realistischen Bedingungen zeigen, ob die Lang-Lkw den Straßenverkehr und die Umwelt entlasten oder nicht. Darüber hinaus wird seit dem 1. Januar 2012 untersucht, ob überlange Lkw die Belastungen durch den steigenden Güterverkehr reduzieren können.

Angesichts der erwarteten Zuwachsraten im Güterverkehr müssen wir die Effizienz der Verkehrssysteme dringend erhöhen. Dazu kann der Gigaliner einen wichtigen Beitrag leisten. Die Lang-Lkw nehmen ein Drittel mehr an Volumen auf und können somit mehr Güter in einer Fahrt transportieren. Das verringert die Zahl unnötiger Fahrten, vermindert den CO₂-Ausstoß und Kraftstoff. Der Einsatz von Gigalinern ist umweltfreundlich und wirtschaftlich sinnvoll.

Es geht ausdrücklich nicht um Lkw mit einem Gewicht von 60 Tonnen, sondern um ein höheres Volumen. Bei herkömmlichen Achslasten dürfen die Gigaliner nach wie vor 40 oder 44 Tonnen nicht überschreiten.

Verantwortlich:
Beatrix Brodkorb

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de